

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Erhard Demmer von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss in der Kreistagssitzung am 25. März 2009

(Sperrfrist: 25.03.2009 – 16 Uhr)
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

der verlängerte Einstieg in das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) ist ohne größere Reibungsverluste gelungen.

Ein Dank gilt deshalb dem Kämmerer und der Kämmerei, die die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit einem überschaubaren Haushalts-Entwurf ausstatteten sowie den Dezernenten, die auf unsere Nachfragen ergänzende Informationen detailliert zur Verfügung stellten.

In der eintägigen Finanzausschuss-Sitzung ist das Zahlenwerk ohne große Änderungen, gemäß dem Willen der letztmalig mit absoluter Mehrheit bestimmenden großen Fraktion, durchgegangen. Sie selbst hat nur ein paar Alibi- und Klientel-Anträge gestellt.

Inhaltliche Debatten waren im Finanzausschuss nicht erwünscht.

Die Weiterentwicklung des NKF, etwa der Ausbau der operativen Ziele, der Kennzahlen als Steuerungsgrößen und des Berichtswesens, steckt, anders als im Landschaftsverband Rheinland (Stichwort: Gender-Budgeting), immer noch in den Kinderschuhen.

In den Produkthaushalten fehlen jedwede Leistungskennziffern. Dass dem scheidenden Landrat und dem Landratskandidaten im Produkt 010 keine Leistungsmerkmale einfallen, können wir nachvollziehen. Dass aber in allen Produkten keine relevanten Leistungsdaten erhoben werden, ist mehr als enttäuschend.

Der Haushalt 2009 wird in einer der tiefsten Krisen der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren, einer Finanz-, Struktur-, Klima- und Ressourcenkrise, verabschiedet.

Einer Krise, die die Spaltung in Arm und Reich beschleunigt.

Die Vorboten dieser Krise haben den Kreis bereits erreicht: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Deshalb stehen Fragen im Raum:

Was kann der Rhein-Kreis Neuss tun, um seinen, wenn auch bescheidenen Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten?

Soll er auf die Ideologie des freien Marktes setzen?

Auf die Deregulierung weiterer Bereiche der Wirtschaft, wie es der parlamentarische Arm der Heuschrecken-Fraktion will?

Bestimmt nicht, man macht ja nicht den **Bock zum Gärtner!**

Soll er, wie die CDU es tut, den IST-Zustand der Wirtschaftsstruktur verwalten, sich mit Großkonzernen verbünden und die Wirtschaftsförderung weitgehend vom IHK-Chef gestalten lassen?

Auch hier ein klares **Nein**, gehen dabei doch Arbeitsplätze verloren.

Der Rhein-Kreis Neuss braucht vielmehr eine Entwicklung, die ihren Namen verdient.
Er braucht endlich VERÄNDERUNG. Die ZEIT ist dafür reif.

Der Rhein-Kreis Neuss braucht - eingebettet in zukunftsorientierte Landes-, Bundes- und Europapolitik - einen **neuen New Deal**, und der kann nur GRÜN sein.

Nur massive Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit können die Wirtschaftskrise bekämpfen und **neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze** schaffen. Gerade der Rhein-Kreis Neuss als geographisches Herz der Region Niederrhein-Düsseldorf-Köln/Bonn und Aachen, der in dem Gutachten der IHK Mittlerer Niederrhein vom August 2008 bescheinigt bekommen hat, dass er nicht zu den Gebieten mit innovationsorientierten Wirtschaftszweigen gehört, muss eine **Modellregion** für den Aufbruch in nachhaltiges Wirtschaften werden, statt Subventionen oder Investitionen in nicht zukunftsfähigen Strukturen zu verbrennen.

Wenn man weltweit den **Punkt mit den höchsten CO²-Emissionen** sucht, findet man ihn in dem Dreieck zwischen den Orten Niederaußem, Weisweiler und Frimmersdorf. Dort werden täglich 250 000 Tonnen CO² emittiert, und das 365 Tage im Jahr.

Dies ist auch dem scheidenden Landrat nicht entgangen. Mittlerweile, und das ist neu, dämmert ihm, dass der Rhein-Kreis Neuss als Emissions- und nicht als Energie-Hauptort in die Geschichte eingehen könnte. Deshalb ließ er den von der CDU bejubelten Energiepakt mit RWE entwickeln. Das aber ist der falsche Weg. Deshalb sagen wir GRÜNE **Finger WEG von diesem IrRWEg!**

Wer den Neubau von weiteren Kohlekraftwerken unterstützt, kann die Verpflichtung, die auch unsere Region hat, nämlich die CO²-Emissionen bis 2050 um 80% zu reduzieren, nicht einhalten. Bisher jedenfalls wird öffentlich nicht wahrgenommen, welche dramatischen Auswirkungen ein ungebremster Klimawandel auch auf NRW haben wird. (Selbst wenn es gelingt, was viele Klimaforscher schon bezweifeln, die Erderwärmung auf 2⁰ C zu begrenzen, erwartet das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) langfristig einen Meeresspiegelanstieg um 20 Meter.) Das heißt: weite Teile des Niederrheins werden dann unter dem Meeresspiegel liegen und **der Rhein-Kreis Neuss wird zur Küstenregion.**

Es ist also höchste ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

Gerade in der **Verknüpfung der Wirtschafts- und der Energiepolitik** liegt eine große Chance. Denn: Die weltweiten **Zukunftsmärkte** werden von den 3 „E“ (Energieeffizienz, Energieeinsparung und Erneuerbare Energien) bestimmt. Sie erfordern jedoch eine Politik, die dezentral und mittelständisch denkt.

Das ist das Gegenteil von der bisherigen, an dem Oligopolisten RWE orientierten Energiepolitik. Der Konzern mag sich an noch so vielen Projekten mit erneuerbaren Energien beteiligen und noch so viele kleine Firmen in diesem Zukunftsbereich aufkaufen, (weil ihm die Kunden weglaufen und er mit Imageproblemen, nicht nur in den Niederlanden, zu kämpfen hat). Für ihn sind große Kohlekraftwerke (und auch Atomkraftwerke) die profitabelsten Optionen.

Wer sich aber „**gemein**“ macht mit diesem Konzern (der sogenannten Klima-Strom anbietet, in Wirklichkeit aber Atomstrom verkauft), der hilft, die Zukunft zu verbauen. Der **hilft auch, Arbeitsplätze abzubauen**, wie wir es im letzten Jahrzehnt im Rheinischen Braunkohlerevier erlebt haben.

Wir GRÜNE haben aus diesen und aus ordnungspolitischen Gründen den Ausstieg aus dem **Verband kommunaler Aktionäre** gefordert. Wir wollen nicht, dass der Rhein-Kreis Neuss - vertreten durch den Landrat - damit direkt oder indirekt die unbegründeten und unsozialen Strompreiserhöhungen des Konzerns mitträgt. Die Große Mehrheit dieses Kreistags hat dies abgelehnt.

Schon in den letzten Jahren wollten wir aus den gleichen Gründen die **RWE-Aktien** des Rhein-Kreises Neuss verkaufen. Auch dies haben Sie abgelehnt. Damit wäre nicht nur der Eigenkapitalersatz des Lindenhofes (3,75 Mio €) durch andere, sicherere Anlagen ersetzt worden. Der RKN hätte zudem auch noch mindestens 9 Mio € in den Abbau der Verschuldung stecken oder – in diesem Jahr - **nachhaltige Investitionen** tätigen können.

Gerade diese Investitionen lösen, langfristig angelegt, einen **starken Beschäftigungsimpuls im Mittelstand** aus und reduzieren deutlich den Kaufkraftabfluss für die Importe von Öl und Gas.

Für viele Bereiche echter Konjunkturprogramme spielen die Gemeinden, Städte und Kreise als Auftraggeber eine entscheidende Rolle. Zukunftsinvestitionen, wie die Sanierung öffentlicher Gebäude, aber auch der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetzen sind nur dann wirkungsvoll möglich, wenn die Kommunen und die öffentlichen Unternehmen dazu beitragen können. Das zeigt gerade die Umsetzung des Konjunkturpäckchens II, bei dem aber zu wenig hinten raus und unten ankommt.

Nicht nur deshalb ist eine **Stärkung der kommunalen Ebene** dringend erforderlich. Dies gilt für deren finanzielle Ausstattung, die durch die CDU-/FDP-geführte Landesregierung in den letzten drei Jahren konsequent verschlechtert wurde. Dies gilt auch bei der Abwehr des Angriffs marktradikaler Kräfte innerhalb der Bundesrepublik und der EU auf die Erbringung kommunaler Daseinsvorsorge.

Eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik ist zugleich auch **Bildungspolitik**. Sie muss sicherstellen, dass ausreichend Fachkräfte für die Zukunftsberufe ausgebildet werden. Deshalb haben wir GRÜNE im Kreisausschuss den von interessierter Seite gern verschwiegenen Antrag gestellt, in den Berufskollegs ein „**Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz**“ einzurichten. Unter anderer Flagge wird der Antrag gerade umgesetzt.

Berufskollegs bieten vielfältige Möglichkeiten, Bildungslaufbahnen zu beschreiten. Als GRÜNE treten wir für die **stärkere Verankerung nachhaltiger Bildungsinhalte** ein. Zukünftig muss mehr als bisher darauf geachtet werden, dass bestehende und neu einzurichtende Bildungsgänge nicht am Bedarf vorbei geplant und eingerichtet werden. Es ist vielmehr zu prüfen, ob sie auf zukunftsfähige Arbeitsplätze vorbereiten.

Auch hier ist es also höchste ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

Zentrales Ziel GRÜNER Politik ist auch, dass jede und jeder Ausbildungsplatzsuchende eine **Lehrstelle finden können muss**, die möglichst den persönlichen Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Nach wie vor bleiben viele Jugendliche zum Beginn eines neuen Ausbildungsjahres ohne Lehrstelle. Besonders die vielen Jugendlichen, die in den vorherigen Jahren ohne Abschluss die Schule verlassen haben und ohne Ausbildungsplatz dastehen, geben Anlass zu Sorge.

Wir können es uns nicht mehr leisten, auch nur einen jungen Menschen ohne Abschluss und Ausbildung zu lassen. Das wird, nicht nur in Zukunft, nicht nur teuer, sondern es führt auch zur sozialen Spaltung dieser Gesellschaft.

Schon vor Jahren haben wir GRÜNE angemahnt, die **Qualität von Aus- und Weiterbildung zu verbessern**, den Strukturwandel zu begleiten.

Auch hier warten wir bisher vergeblich auf neue Impulse.

Arbeitsmarktpolitik ist weit mehr als die Berechnung der Kosten der Unterkunft.

In Zeiten von Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um Qualifikationen für Zukunftstechnologien herzustellen oder zu festigen.

Für den Umgang mit den Langzeitarbeitslosen brauchen wir zudem einen Grundkonsens in der Gesellschaft.

Solange nicht ausreichend Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt angeboten werden, müssen **Arbeit schaffende Maßnahmen** verbunden mit **zielgerichteten Qualifizierungsanteilen** im großen Maßstab eingerichtet werden. Daran müssen sich alle, auch alle kreisangehörigen Kommunen, beteiligen.

Es ist eine Katastrophe, dass sich die Bundesregierung mit den sie stützenden Fraktionen auf keinen gemeinsamen Gesetzentwurf zur **Trägerschaft im SGB II** (ARGEn und Option) geeinigt hat. Wesentliche Ursache ist der desolate Zustand der Bundes-CDU.

Dafür kann man die Kreis-CDU nicht haftbar machen, obwohl sie doch einen allseits gepriesenen Staatsminister in ihren Reihen hat, der da koordinierend tätig sein sollte.

Haftbar machen kann man sie jedoch dafür, dass sie bei hoher Fluktuation des frustrierten Personals in den ARGEn und bei steigender Arbeitslosigkeit das **Arbeitslosenzentrum im Regen stehen** lässt.

Das ist nicht nachvollziehbar, das ist unverantwortlich und **schreit nach VERÄNDERUNG**. Um es polemisch zu formulieren: Schlosskonzerte und Klostermauern scheinen der CDU wichtiger zu sein als die Menschen mit ihren Nöten in der Arbeitslosigkeit.

Gleiches gilt für den **Ausbau und die Qualitätssicherung im ÖPNV und SPNV**. Obwohl die Probleme auf den Strecken der S 8, der S 11 und besonders der RB 38 seit über einem Jahrzehnt bekannt sind, hat sich wenig getan.

Stattdessen setzt die CDU, anders als sie im Entwurf ihres neuen Wahlprogramms behauptet, Prioritäten bei Straßenneubau und Autobahnanschlüssen.

Zum Flughafen Düsseldorf und zum Verkehrslandeplatz Mönchengladbach haben wir, liebe CDU, trotz aller anders lautenden papiernen Bekenntnisse, eine ambivalente Haltung vorgefunden. Die beiden Verkehrsplätze zitiert der Landrat unter beifälligem Nicken der christdemokratischen Kreistagsabgeordneten gerne schon mal als wichtige Standortfaktoren.

GRÜNE stehen für eine **verkehrspolitische Wende**.

Wir wollen unsinnigen Verkehr vermeiden und damit auch die Umwelt schädigende Emissionen vermindern. Deshalb lehnen wir sowohl eine Kapazitätserweiterung am Flughäfen Düsseldorf als auch den Verkehrslandeplatz Mönchengladbach entschieden ab.

Wir wollen die Attraktivität des Personennahverkehrs durch vielfältige Qualitätsverbesserungen steigern und im Güterverkehr erhebliche Anteile auf die Bahn und eine naturverträgliche Binnenschifffahrt verlagern.

Der Umweltverbund – zu Fuß, per Fahrrad, mit Bus und Bahn – muss durch sinnvolle Maßnahmen der Netzergänzung und -erweiterung gestärkt werden.

In meinem Leben habe ich schon viel gelesen, auch viel ideologisches Zeugs. Aber nichts hat bei mir soviel Brechreiz erzeugt wie das Einleitungskapitel zum 1.

Familienbericht 2008/2009 des Kreises.

Wenn das die Grundlage für die Kinder- und Familienpolitik der Kreisverwaltung ist, dann ist es **dringend ZEIT FÜR VERÄNDERUNG**. Dann müssen wir dafür sorgen, dass der Kreis im 21. Jahrhundert ankommt.

Für uns GRÜNE ist Familie überall da, wo Kinder sind.

Wir fördern Kinder und Jugendliche in vielfältigen Familienformen.

Das kann die klassische Familie mit Vater, Mutter und Kind(ern) sein. Familie sind aber genauso Alleinerziehende mit Kindern, Adoptiv- oder Pflegefamilien und

gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern. Ein hoher Anteil im Rhein-Kreis Neuss sind Alleinerziehende. Aber nicht nur deshalb besteht ein besonderer Bedarf an **ganztägigen**

Kinderbetreuungsangeboten - auch für Kinder über 6 Jahren.

Es fehlen auch immer noch Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren. Nicht nur der Quantität, sondern auch der Qualität der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen muss unser Augenmerk gelten.

Aus dem **Spitzensport** werden wir mal wieder mit grausamen Nachrichten bombardiert. Spiele werden verkauft, Spieler verschoben, und in immer mehr Sportarten gehört Doping zum Normalfall. Es ist deshalb nicht die Zeit der Spitzensportförderung.

Unser Hauptaugenmerk gilt dabei dem **Schul- und Breitensport**, der im Rhein-Kreis Neuss weiter gestärkt und ausgebaut werden muss.

Als GRÜNE sind wir uns der großen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports – insbesondere für die Gesundheitsförderung und Integration – bewusst.

Zusammen mit Vereinen und Verbänden wollen wir die sportlichen Teilhabemöglichkeiten im Rhein-Kreis Neuss deutlich verbessern. Eine entsprechende **Kampagne** soll dabei insbesondere die Interessen Einkommensschwacher, von Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Blick nehmen.

Auch die Zusammenarbeit der Schulen mit den Sportvereinen muss, trotz aller praktischen Schwierigkeiten, intensiviert werden. Es ist ineffektiv, den Ganztagschulen Schuldvorwürfe zu machen.

Sport dient auch der Integration, Sport hilft **gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**.

Diese beiden Untugenden zeigen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise - nicht zuletzt auch im Rhein-Kreis Neuss - ihre hässliche Fratze. Die braunen Rattenfänger nutzen die Krise für ausgrenzende und rechtsradikale Propaganda.

Bereits seit längerer Zeit sind „freie Kameradschaften“, NPD und Pro NRW im Kreisgebiet aktiv. Nur durch konsequentes Auftreten aller Demokraten kann ein Einzug von Rechtsradikalen in den Kreistag verhindert werden. Ein tolerantes Miteinander aller hier lebenden Menschen entsteht nicht von selbst, sondern muss gemeinsam erarbeitet und verteidigt werden. Deshalb ist die gemeinsame Erklärung des Kreistags für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss“ vom Dezember letzten Jahres so wichtig. Wir müssen sie nun **mit** den geplanten **Inhalten füllen**.

Den ewig Gestrigen rufen wir in alter republikanischer Tradition zu:
"¡No Pasarán!" („Sie kommen nicht durch“)

Bei allen Angeboten kritisch-konstruktiver Mitarbeit hat die Kreistagsfraktion von **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** zusammen mit ihrer Partei **ein Ziel**:

Wir wollen - und dies werden wir schaffen - die absolute Mehrheit der CDU, die seit Jahrzehnten diesen Kreis regiert, brechen.

Wir wollen dies, weil Verkrustungen und Verfilzungen, Alleingänge und Geheimniskrämerei ein Ende haben müssen.

Wir wollen aber nicht, wie die Geheimverhandlungen über Dezernentenstellen von CDU und FDP belegen, das schwarz-gelbe Fleckfieber bekommen. Das wäre das Ende einer im Kern immer noch sozialen Ausrichtung.

Die fatale Mischung von „Keine Experimente“ – und das in dieser fundamentalen Krise – mit der Übertragung von Kreisaufgaben an Private ist ein IrRWEg.

Die Potenziale des Rhein-Kreises Neuss, die hervorragenden Standortfaktoren müssen zukunftsfähig genutzt und nachhaltig ausgerichtet werden muss.

Das, meine Damen und Herren, das geht nur mit den GRÜNEN!